

## MÖGLICHES FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN RUSSLAND UND DER TÜRKEI

Wie die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti meldet, habe der türkische Handelsminister Bülent Tüfenkci die Unterzeichnung eines gemeinsamen Freihandelsabkommens zwischen Russland und der Türkei in Erwägung gezogen. Beide Staaten, die ihr Verhältnis wieder normalisieren möchten, bestreben ihr Handelsvolumen auf über 100 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Gegenwärtig liegt es bei 23 Milliarden und war nach dem Abschluss eines russischen Bombers geschrumpft. Das Lebensmittel-Embargo, welches infolgedessen von der russischen Regierung auferlegt wurde, hob Präsident Wladimir Putin Ende Juni wieder auf. Was den Import von Waren betrifft, ist Russland weiterhin der wichtigste Handelspartner für die Türkei. Die Umsetzung der Idee ist für 2017 geplant. Beide Staaten sind daran interessiert, ihr bilaterales Verhältnis wieder zu verbessern. Jenseits der wirtschaftlichen Pläne für eine verstärkte Zusammenarbeit, kooperieren Russland und die Türkei auch im Bereich der Sicherheitspolitik erneut stärker: Anfang der Woche haben der türkische Generalstabschef Hulusi Akar und Geheimdienschef Hakan Fidan Moskau besucht, um über den gemeinsamen Kampf gegen den IS zu sprechen.

### KOMMENTAR

»Zwei Gedanken zum Wochenende«

Von Heino Wiese

#### Schröder kann's!

Die Schlichtung im Fall Tengelmann ist eine erneute Meisterleistung des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder. In einer völlig verfahrenen Situation, die 15.000 Beschäftigten ein trauriges Weihnachten zu bereiten drohte, bat Minister Gabriel Schröder um die Schlichtung. Schröder hatte ja in vielen Fällen gezeigt, dass er zu Lösungen in schwierigsten Streitfragen findet (Mercedes-Teststrecke im Emsland, Energie-Konsens, Entschädigung der jüdischen NS-Opfer, VW-GM-Streit). Und auch im Streit Tengelmann schaffte er innerhalb einer Woche einen Kompromiss, der die Arbeitsplätze für mindestens sieben Jahre sichert.

Hello Donald, how are you, glad to see you?

Es scheint immer wahrscheinlicher, dass das Undenkbare passiert und Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten wird. Darum sollte man sich im Kanzleramt schon einmal einen Plan B zurechtlegen, wie es dann im Verhältnis mit den USA weitergeht. Was wird Trump machen? Außenpolitisch sind schon angekündigt: Der schleichende Rückzug aus der Nato, Verbesserung des Verhältnisses zu Russland, Beendigung der Konfrontation der Großmächte im Nahostkonflikt durch die Konzentration auf die Bekämpfung des IS. Das könnte rasch zu einer Aufhebung der Sanktionen gegen Russland führen, TPP und TTIP zu Fall bringen und ganz neue Perspektiven für globale Handelspartnerschaften eröffnen. Gleichzeitig wächst aber die Notwendigkeit, ein europäisches Verteidigungsbündnis zu gründen. Denn Trump wird Europa und damit vor allem Deutschland für jedes militärische Auslandsengagement teuer bezahlen lassen. Vielleicht sollte Minister Schäuble unsere Goldreserven schneller aus den USA nach Deutschland zurückholen, bevor sich der notorisch klamme US-Präsident ihrer bedient und sie beschlagnahmen lässt. Viele Fragen, die die „falsche“ Wahl der Amerikaner uns Europäern beschert. Liegt der Plan B bereits in der Schublade? Was mich aber am meisten interessiert: wird Frau Merkel den „dear Donald“ auch mit Küsschen begrüßen?

### BUNTES AUS BERLIN

#### BERLINER MÄRCHENTAGE

Bis zum 20. November finden die 27. Berliner Märchentage unter dem Motto "Dornröschen erwacht...!" statt.

Dabei stehen die weiblichen Heldinnen aus Märchen und Sagen im Vordergrund, denn entgegen der Annahme, dass Prinzessinnen stets von einem männlichen Helden gerettet werden, gibt es starke, aktive weibliche Charaktere in vielen Geschichten.

Die Veranstaltungen im Rahmen der Märchentage werden an unterschiedlichen Orten stattfinden und werden zusätzlich von Unternehmen sowie prominenten Politikern unterstützt: 25 Botschaften haben ihre Teilnahme zugesagt, genauso wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.

#### IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-IdNr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:  
Alice Greschkow, Evgenia Laznik  
Telefon 030.810588811  
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare  
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-  
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult  
erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



# INSIDER

## RENTEN SICHERN UND ALTERSARMUT VERHINDERN - DAS GEHT!



Von Matthias W. Birkwald, Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Die LINKE

Kürzlich habe ich mir in Wien das österreichische Rentensystem angesehen. Ich war und bin begeistert. Ein Großteil der rentenpolitischen Vorschläge meiner Partei, der LINKEN, ist dort bereits Realität: Alle Erwerbstätigen zahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein, auch Politiker\*innen und Beamte\*innen. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rente ist in Österreich so stark, dass Betriebsrenten und private Vorsorge nur eine Nebenrolle spielen.

Sie ergänzen eine lebensstandardsichernde Rente und müssen nicht die politisch willkürlich in die Rente gerissenen Löcher füllen, wie das in Deutschland seit 2001 der Fall ist.

In Österreich erhalten Männer derzeit im Durchschnitt eine Rente von 1829,-

Euro, Frauen von 1130,- Euro. Das sind jeweils mehrere Hundert Euro mehr als in Deutschland! Und das bei einem nur sehr leicht höheren Preisniveau. In Österreich gilt die Formel 80/65/45. Sie bedeutet, 80 Prozent des Bruttoeinkommens an Rente, ab dem Alter von 65 Jahren nach 45 Beitragsjahren. Die Rente erst ab 67 fordern nur einige wenige Arbeitgeber\*innen, ansonsten ist die Regelaltersgrenze von 65 Jahren breit akzeptiert. Eine solche Formel bedeutet, dass auch Bäckereifachverkäuferinnen, Hilfsarbeiter, Taxifahrer und Floristinnen arbeiten können, ohne Angst vor Altersarmut haben zu müssen. Denn, wenn sie sich auch nur einen Anspruch auf einen Cent an gesetzlicher Altersrente erworben haben, so erhalten sie doch (auf zwölf Monate umgerechnet, denn in Österreich werden Renten 14 Mal im Jahr gezahlt) eine Mindestrente von 1030 Euro und nach 30 Beitragsjahren von 1144 Euro. Die heißt Ausgleichszulage. Sie wird aus Steuermitteln finanziert. Mit 22,8 Prozent Beitragssatz (unverändert seit 1988), ist das österreichische Alterssicherungssystem zudem für die Beschäftigten günstiger als das deutsche. Und sie zahlen dafür weniger als die Arbeitgeber\*innen. Die Arbeitgeber\*innen zahlen 12,55 Prozent, die Beschäftigten 10,25 Prozent.

Fazit: Renten sichern und Altersarmut verhindern - das geht. Nicht nur in Österreich. Es ginge auch in Deutschland. Wenn man will.

## KEINE EINIGUNG ÜBER KINDEREHEN

Wie mit Kinderehen von Zugezogenen umgegangen wird, ist bisweilen ein Streitthema. Bundesjustizminister Heiko Maas sieht eine Gesetzesverschärfung vor, nach der deutsche Gerichte Kinderehen auflösen können, sieht bisher von einem Pauschalverbot allerdings ab.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz stellt sich ebenfalls gegen den Vorschlag des Verbots. Für betroffene Frauen könnten sich unbeabsichtigt negative Konsequenzen ergeben - Verlust von Erb- und Unterhaltsansprüchen und Kinder aus solchen Beziehungen würden als unehelich gelten. Dies würde nicht

nur das Armutsrisiko von Frauen erhöhen, sondern auch eine Rückkehr in ihr Heimatland erschweren, da uneheliche Kinder gesellschaftlich häufig nicht akzeptiert werden und als Stigma gelten.

Die Union hingegen möchte ein pauschales Verbot von Ehen erwirken, nach welchem Eheschließungen erst ab der Volljährigkeit möglich wären. Gegenwärtig dürfen Minderjährige über 16 Jahren mit Einwilligung der Eltern ebenfalls heiraten.

Aus dem Ausländerzentralregister geht hervor, dass 1475 ausländische Minderjährige als Verheiratet gelten, 361 davon waren jünger als 14 Jahre.

## TERRORVERDÄCHTIGER IN BERLIN GEFASST

Am Mittwochabend wurde ein 27-jähriger Mann im Berliner Bezirk Schöneberg festgenommen, teilte das Landeskriminalamt mit. Er wird verdächtig, Teil einer terroristischen Vereinigung zu sein, der Hinweis dafür soll von einem ausländischen Nachrichtendienst an die deutschen Behörden herangetragen worden sein.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es keine Indizien über eine Verbindung zu Jaber Al-

bakr, der einen Berliner Flughafen als Ziel für einen Terroranschlag anvisiert und sich Mitte Oktober in der Leipziger Justizvollzugsanstalt erhängt hatte.

Das reale Gefahrenpotenzial des Festgenommenen sei noch unklar. Er wurde seit mehreren Monaten beobachtet und ist nach eigenen Angaben aus Syrien, aus Sicherheitskreisen heißt es jedoch, der Mann sei in Tunesien geboren.

## IMMOBILIENBOOM STÄRKT UNTERNEHMEN

Die Nachfrage in den deutschen Metropolen nach Wohnraum lässt Firmen wie Europas größten Baukonzern Vonovia erstarben. Das Unternehmen hat in den ersten neun Monaten des Jahres sein operatives Ergebnis um 30% gesteigert, ebenfalls wurde die Gewinnprognose bereits vor Jahresabschluss erreicht.

Diese Entwicklung wird auch Aktionäre erreichen: Konzernchef Buch teilte mit, man wolle auf der Jahreshauptversammlung 2017 den Dividendenvorschlag um 19% erhöhen, um an der Strategie festzuhalten, dass 70% der Gewinne ausgeschüttet werden. Vonovia hält gegenwärtig 338.000 Wohnungen, mit der geplanten Übernahme der österreichischen Conwert kämen zusätzlich 24.500 Wohnungen in das Portfolio des Wohnungsriesen hinzu.

Eine positive Entwicklung kann ebenfalls Deutschlands größtes Bauunternehmen Hochtief verbuchen. Dies hat nicht nur mit erfolgreichen Geschäften der Tochtergesellschaften in Nordamerika und Australien zu tun, sondern auch mit dem tiefgreifenden internen Umbau des Unternehmens. Kosteneinsparung und Stellenkürzungen stabilisierten Hochtief. Der Unternehmenschef Marcelino Fernandez Verdes, der vom spanischen ACS-Konzern gesandt wurde, passte zudem die Strategie des Konzerns an. Beteiligung an Flughäfen und Wohnungsentwicklern wurden verkauft, damit der Fokus auf dem klassischen Baugeschäft liegt.

Ebenfalls erholt sich das Europageschäft. Der Auftragseingang von Hochtief stieg um knappe eine Milliarde Euro.

## SCHÄUBLE WILL STEUERUMGEHUNG STÄRKER SANKTIONIEREN

Für Briefkastenfirmen soll in Zukunft stärker gehaftet werden. Das Handelsblatt berichtet über einen Gesetzentwurf, nach welchem eine strengere Meldepflicht für Steuerzahler und Banken gefordert wird - man solle Geschäftsbeziehungen zu Briefkastenfirmen im Ausland offenlegen, "unabhängig davon, ob sie an dem Unternehmen formal beteiligt sind oder nicht", heißt es im Gesetzesentwurf.

Zudem soll das steuerliche Bankengeheimnis teilweise aufgehoben werden - bei

Verletzung der Mitwirkungspflicht, sollen Banken für Steuerausfälle aufkommen. Deutschland schließt sich damit mehreren OECD-Ländern an, die ihr Bankengeheimnis im Zuge der Vermeidung von Steuer-oasen gelockert haben. Dazu gehören auch Österreich, die Schweiz und Luxemburg, Frankreich plant ebenfalls rechtliche Schritte gegen Steuerumgehung.

Die Maßnahmen sind auch eine Folge der Enthüllungen von 200.000 Briefkastenfirmen im Rahmen der "Panama Papers".



## GEMA UND YOUTUBE EINGIEN SICH

Sieben Jahre lang waren deutsche YouTube-Nutzer mit einem leidigen Problem konfrontiert: beim Aufrufen vieler beliebter Musikvideos wurde eine rote Sperrtafel mit dem Verweis angezeigt, dass das gesuchte Video im Land nicht verfügbar sei.

Schuld daran war ein Streit zwischen YouTube und der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte - kurz GEMA. Die Frage war, wer den Künstlern, die Mitglied der GEMA sind, Geld zahlen müsse bei Aufruf ihrer Musik.

Die beiden Parteien haben sich nun darauf

geeinigt, dass eine prozentuelle Auszahlung an die GEMA und ihre 70.000 Mitglieder erfolgen wird. Die genauen Details des Deals bleiben jedoch Geheim, YouTube hatte die Auszahlung von 0,375 Cent pro Abruf verweigert, die GEMA scheiterte mit der Forderung vor Gericht.

Zwei Aspekte haben die Einigung beschleunigt: zum einen plant die EU-Kommission für das kommende Jahr eine grundlegende Urheberrechtsreform, zum anderen wird YouTube's Bezahlangelb "Red" auch bald in Deutschland verfügbar sein und soll im Wettbewerb nicht untergehen.

## PERSONALIEN

## WEYAND IST VIZE-CHEFUNTERHÄNDLERIN DER BREXIT-TASK-FORCE

Sabine Weyand, die bislang stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Handel war, ist seit dem 1. Oktober stellvertretende Chefunterhändlerin der Brexit-Task-Force der Europäischen Kommission zur Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich. Geleitet wird die Task Force von Michel Barnier als Chefunterhändler.

## FREYMARK UND RISSMANN SIND PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRER DER BERLINER CDU-FRAKTION

Danny Freymark (33, l.) und Sven Rissmann (38, Foto rechts) sind am 25. Oktober zu Parlamentarischen Geschäftsführern der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt worden. Rissmann, bereits seit 2011 in diesem Amt, wurde mit 65,5 Prozent der Stimmen als Parlamentarischer Geschäftsführer und Justiziar bestätigt. Freymark wurde mit 68,9 Prozent der Stimmen neu in diese Funktion gewählt.

## REYKJAVIK UND BERLIN - WAS VERBINDET SIE?

Am 15. November veranstalten die Nordischen Botschaften im Felleshus einen Diskussionsabend zum Thema "Berlin - Reykjavik - Creative Cities Talk: Was verbindet beide Kulturstädte?" mit Friða Björk Ingvarsdóttir (Direktorin Kunstakademie Island). Burkhard Kieker (Geschäftsführer Visit Berlin), Svanhildur Konráðsdóttir (Leiterin der Abteilung Tourism & Culture Stadt Reykjavik), Tatjana Kaube Referentin für das Musicboard beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, Guðný Guðmundsdóttir, (Künstlerische Leiterin CYCLE Musik & Art Festival Kópavogur) und Bjarni Gaukur Sigurðsson (Mitgründer and Leiter von MENGI). Der Eintritt ist frei. Im Anschluss findet ein Konzert statt.

## WORTE DER WOCHE

*»Das Verhältnis von Deutschland zu Russland erweist sich als stabil und erstaunlich krisenresistent - auf unterschiedlichen Ebenen wie Wirtschaft, Energieversorgung, Kultur und Gesellschaft.«*

Gernot Erlar, Russlandbeauftragter der Bundesregierung über die deutsch-russischen Beziehungen.

*»In Syrien gelingt es uns nicht das Blutvergießen zu beenden. Es schien, als könnten wir eine gemeinsame Anti-Terror-Front aufbauen, aber das ist nicht geschehen. All dies zeigt den irrationalen Willen des Westens seine Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Terroristen werden immer noch trainiert und ausgerüstet aus politischen Motiven.«*

Der russische Präsident Wladimir Putin über den Syrien-Krieg.

*»Die anhaltende Niedrigzinsphase bringt zunehmend die persönliche Lebensplanung von Millionen Bürgern in Gefahr.«*

Georg Fahrhensohn, Sparkassenpräsident, über die Sorgen der deutschen Sparer.

*»Viele Italiener geben der von Deutschland inspirierten Sparpolitik die Schuld an der wirtschaftlichen Misere des Landes.«*

Paola Subacchi, Forschungsdirektorin für Internationale Ökonomie bei Chatham House.

*»Wir werden eine große eurasische Partnerschaft mit China aufbauen, welche später zum Wirtschaftsrahmen für Unternehmen werden soll.«*

Der russische Präsident Wladimir Putin über die russisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen.

*»Jeder hat Russland und syrische Kräfte des Angriffs beschuldigt. Sie sagten unverzüglich, dass die Bombardierung von Russland und Syrien ausgeführt wurden. Das ist eine Lüge. Russland hat nichts mit dieser schrecklichen Attacke zu tun.«*

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Zacharowa dementiert den Angriff auf eine Schule im syrischen Idlib.

*»Das Ziel sind Solardächer, die besser aussehen als ein normales Dach, Strom produzieren, länger halten, eine bessere Isolierung haben und weniger kosten als ein normales Dach und der Strom zusammen.«*

Elon Musk, Chef des Elektrobauers Tesla, der gerade in das Geschäft mit Solardächern eingestiegen ist.

*»Wir müssen eine Art „Marschall-Plan“ für den Mittleren Osten entwerfen. Russland ist bereit, Teil hiervon zu sein.«*

Der russische Präsident Wladimir Putin über den Syrien-Krieg.

*»Ich glaube immer noch, dass Hillary die Wahl gewinnen wird. Aber es wird eine knappe Wahl.«*

Stuart Eizenstat, ehemaliger US-Botschafter bei der EU.

*»Vorstöße der USA, syrische Rebellen „kampftauglich“ zu machen, erwiesen sich als Rohrkrepiere.«*

Jay Kenney, Professor an der City University of New York über die US-amerikanische Strategie in Syrien.

## TERMINE

## 7.11. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE MIT GÜNTHER OETTINGER

Gesprächsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema „Europa im Gespräch“, u.a. mit dem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft Günther Oettinger und dem Mitglied im Vorstand der Berliner Wirtschaftsgespräche Kristina Jahn Berlin Capital Club, Mohrenstraße 30, 10117 Berlin (kostenpflichtig)

## 8.11. BMWI ZUM MINDESTLOHN IN OSTDEUTSCHLAND

Tagung des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema „Die Auswirkungen des Mindestlohns in Ostdeutschland“, unter anderem mit der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundeswirtschaftsminister Iris Gleicke, dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Steffen Kampeter und dem Präsidenten des DEHOGA Mecklenburg-Vorpommern Guido Zöllick Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Konferenzzentrum, Invalidenstraße 48, 10115 Berlin. Eine Anmeldung zur Veranstaltung ist vorab erforderlich.